

Die Halle monatlich bei zweimonatlicher... 6.00 Mark, durch die Post 6.00 Mark...

Zeitung

Dreißigundzwanzigster Jahrgang.

werden 8. September, 34 cm br. Millimeter... werden 2 Pf. berechnet u. in unseren...

Nr. 423.

Halle, Mittwoch, den 10. September.

1919.

Der stärkste Verband der Welt!

Gründung des Zentralverbandes der Angestellten in Weimar.

WTB. Weimar, 9. Sept. (Drahtnachricht.) Die zwischen dem Zentralverband der Handlungsgehilfen, dem Verband der Bureauangestellten und dem Verband der deutschen...

Das Entente-Ultimatum noch nicht eingetroffen.

Berlin, 9. Sept. (Eig. Drahtnachricht.) Wie wir erfahren, ist das neue Ultimatum der Entente an Deutschland, in dem die vollständige Streichung des Absatzes 2 des Art. 61a der Weimarer Verfassung verlangt werden soll, in Berlin noch nicht eingetroffen.

Der britische Gewerkschaftskongress.

WTB. Amsterdam, 9. Sept. Dem „Telegraaf“ zufolge wurde gestern der Gewerkschaftskongress in Glasgow eröffnet. Es waren 848 Delegierte anwesend, die 2505 426 organisierte Arbeiter vertraten.

Von der Verstaatlichung der englischen Bergwerke.

WTB. Amsterdam, 9. Sept. (Drahtnachricht.) Der „Telegraaf“ meldet aus London, daß Stuart Bunting in seiner dem Gewerkschaftskongress in Glasgow eröffneten Rede erklärte, der Kongress werde die Forderung der Verstaatlichung der Bergwerke energisch unterstützen.

Ein englisches Blatt gegen den Entanteprostest.

WTB. Amsterdam, 9. Sept. „Daily News“ vom 6. September schreibt in einem Leitartikel, der Streit zwischen den Alliierten und der deutschen Regierung über die Beziehungen Deutschlands zu Deutschland-Decker sei in jeder Hinsicht zu bedauern.

England will nur mit Worten kämpfen

Keine aktive Beteiligung gegen die Bolschewiken. WTB. Sellingsloer, 9. Sept. In einer Unterredung mit dem Vertreter der „Sellingsloer“ äußerte der hiesige englische Geschäftsträger, daß mit einer aktiven...

Teilnahme Englands an einem Vorgehen gegen die Bolschewiki kaum zu rechnen sei, da der Gedanke in verschiedenen politischen Kreisen Englands als scharfes Widerstandstocher. Auch sei nach den Beschlüssen des Weltkrieges die Krone zu ruhiger Berührung, daß es sehr schwer sein werde, sie zu einem Kriegszweck zu verwenden.

Belgische Annahmung.

Düsseldorf, 9. Sept. (Eig. Drahtnachricht.) Die belgischen Belagungsgruppen haben ihre Brückenwachen in den letzten Wochen unterirdisch teilweise bis vollständig auf den Boden gebracht. Außerdem trafen sie die Bestimmung, daß die deutschen Soldaten 200 Meter von den Belagungen entfernt stehen müssen, so daß ein Teil des rechten Rheins am nächsten ist.

Rumänens Kornreichtum.

WTB. Amsterdam, 9. Sept. (Drahtnachricht.) „Allgemeines Handelsblatt“ meldet aus Paris, daß es früher erschien, daß Rumänien sich auf die Gefahr eines Bruch mit der Entente hin weigern werde, den Vertrag mit Deutschland zu unterzeichnen. Die rumänische Kornrente sei außergewöhnlich, so daß Rumänien nicht nur sich selbst, sondern auch die Neutralen und selbst seine früheren Feinde verlorren könne.

Rumänisch-ungarischer Sonderfrieden.

Wien, 9. September. (Eig. Drahtnachricht.) Wie die „Wiener Mittagspost“ meldet, veranlaßt in Regierungskreisen, daß in Budapest eine ungarische Abordnung eingesetzt ist, welche die Frage eines Sonderfriedens zwischen Rumänien und Ungarn erörtern soll.

Tewfik Pascha gegen eine Knebelung der Türkei.

WTB. Amsterdam, 9. Sept. (Drahtnachricht.) Die „Times“ meldet aus Paris, daß der türkische Großwesir Tewfik Pascha in einer Unterredung erklärt hat, daß er dagegen sei, daß irgendeine Macht das Mandat über die Türkei erhält. Die Türkei werde nicht dulden, daß sich eine feindliche Macht in ihre Angelegenheiten einmische und kann nur technische oder wirtschaftliche Unterstützungen annehmen, sofern diese Unterstützung keinerlei Art von Kontrolle bedeutet.

Holland und Belgien.

WTB. Versailles, 9. Sept. Nach „Chicago Tribune“ soll die holländische Regierung sich weigern, territoriale Forderungen anzuerkennen. Sie sei jedoch bereit, Belgien auf wirtschaftlichem Gebiete entgegenzukommen. Holland wolle Belgien erlauben, auf der Schelde zwischen Antwerpen und dem Meer zu baggern und Schiffsverkehr zu unterhalten, ferner sei man bereit, dem Bau eines Schelde-Maas-Rhein-Kanals zuzustimmen, sowie freier Schiffsahrt auf dem Kanal Gent-Terneuzen anzuerkennen.

Frankreich wolle sich in Basel festsetzen.

WTB. Paris, 8. September. Eine überraschende Wendung scheint die Frage der Wiederentnahme des Basler Bahnhofs in Basel zu nehmen. Von gut unterrichteter Seite wird dem „Vorländer Boten“ mitgeteilt, daß Frankreich sich anheißt, den Basler Bahnhof in Basel als einen Teil der belgischen Kriegsverwundung zu übernehmen und das Objekt der Schweiz zu übergeben gegen Abtretung von Verpflichtungen Frankreichs gegenüber der Schweiz. Dohierin der Grund für die immer wieder durch die Regierung in Bern hingezogene Inbetriebnahme zu suchen ist, bleibt abzuwarten.

Der Zwietspalt in der Entente.

Zürich, 9. Sept. (Eig. Drahtnachricht.) Aus Washington wird gemeldet: Die Haltung der Deutschen in ihrer Antwort auf das Ultimatum des höchsten Rates nimmt, findet in diplomatischen Kreisen viel Anklang, denn die Italiener, Amerikaner und Engländer haben nie etwas dagegen gehabt, daß Deutschland sich mit Deutschland-Decker verbindet. Die Alliierten haben den darauf bezüglichen Plan, sein nur zugestimmt, um die Einheit aufrechtzuerhalten.

Die Gotha'sche Räteverfassung.

In Gotha hat sich bis heute die unabhängige Räteverwaltung halten können. Aber die seit der Revolution geplante Einführung der Räteverfassung ist bisher in Gotha noch nicht Laube geworden, obwohl mehrtägige in Entscheidung auf Wessers Schilde stand.

„Die Räteorganisation ist zu einem der hervorragendsten Erfolge in der wichtigen Revolutionen der Welt überhand genommen. Die Kämpfe oder ihre schwachen Anfänge wieder befestigen zu wollen, ist gegenrevolutionär im höchsten Maße und bedeutet für jede Revolutionsregierung und jedes Revolutionsparlament Verletzung ihrer historischen Pflicht.“

Der Verfassungsentwurf selbst handelt, wie das demokratische Mitglied der Gotha'schen Landesversammlung Hermann Krüger in der von Prof. Dr. Bergsträßer und Hermann Kalkoff herausgegebenen Wochenchrift „Das demokratische Deutschland“ darlegt, zunächst 1. Von der Staatsgewalt. Der entscheidende § 3 sagt unabweisend: Die vollziehende Staatsgewalt wird von dem Landes- und Bauernrat ausgeübt.

Dieser wohnt nun nach § 4 die drei gleichberechtigten Volksvertreter. In geschlossener Sitzung nach absoluter Stimmenmehrheit auf zwei Drittel der Stimmen. Die Besetzung durch die Landesversammlung vor. Rumänien die Besetzung durch die Landesversammlung und Bauernrat und Landesversammlung, so gilt laut § 6 nach dreimaliger vergeblicher Abstimmung die letztere als aufgelöst und bis zu einer Neuwahl und Einberufung, gehen die Befugnisse der Landesversammlung an den Landes- und Bauernrat über. ... Dadurch wird die einzige wirklich demokratisch gewählte und in der Reichsverfassung allein zulässige Vertretung des ganzen Landes und aller seiner Volksteile dem neuen Klassenparlament der Proletariat untergeordnet. Und damit die Diktatur des Proletariats vollendet werde, bestimmt § 7 überdies:

Der Rat der Volksbeauftragten ist die Landesregierung. Seine gesamte Geschäftstätigkeit unterliegt der direkten Kontrolle des Landes- und Bauernrates.“

„In 2. Von der Gesetzgebung bestimmt § 8 ferner, daß alle gesetzgebende Gewalt von der Landesversammlung im Einvernehmen mit der Landesregierung ausgeübt werde.“ aber § 12 beschränkt diese Gewalt sehr wesentlich mit den Worten: „Der Landes- und Bauernrat hat das Einpruchsrecht gegen die von der Landesversammlung beschlossenen Gesetze.“

„Von der Wahl des Landes- und Bauernrates“ sind ausgeschlossen, „Personen, die ihren Lebensunterhalt ausschließlich oder vorwiegend aus Kapitalzinsen oder Kapitalrenten bestreiten“, ferner „Personen, die aus der Erziehung von Gewinnen dauernd mehr als einen nicht zur Familie gehörigen Lohnarbeiter (Lohnarbeiterin) beschäftigen, endlich Einkünfte oder der bürgerlichen Ehrenrechte Entsetzte.“

Daß dieser Verfassungsentwurf im Lande Gotha einen Sturm der Entrüstung erregte, ist kein Wunder. Auch in der Reihen der Anhänglichen und sogar in ihrer eigenen Parteifraktion ward der offene Widerspruch laut und inoffiziellen die Beratung der Entwurfsaufgehoben. Im Namen der deutschen Demokraten, der Reichstagsfraktion, der Deutschen Partei und der Deutschen Volkspartei wurde der Abg. Krüger beauftragt, am 8. Juli in der Gotha'schen Landesversammlung folgende gemeinsam vereinbarte Erklärung abzugeben:

„Nachdem die M. S. P. die die Mehrheit in unserer Landesversammlung hat, von der ihrer Regierung eingebrachten Verfassungsentwurf überhandgeworfen von der Tagesordnung abgesetzt hat, fühlen wir uns vor dem Land verpflichtet, folgendes zu erklären: Dieser Entwurf führt das politische Räteystem als entscheidenden Wachstumsfaktor in die künftige Verfassung unseres Landes ein und erreicht weitest Kreise unseres Volkes. Das politische Räteystem entspricht weder unseren politischen Anschauungen, noch den Grundgesetzen, nach denen wir gewöhnt worden sind. Es läuft auf den von Reich vorgeschriebenen Verfassungsbestimmungen zuwider. Wir sind überzeugt, daß die Einführung dieses Systems von der Reichsregierung nicht gebildet und unter Land neuen höchsten Gesichtspunkten in dem nächsten Grundgesetz eingeleitet werden würde. Aus diesem Grund sehen wir den vorliegenden Verfassungsentwurf nicht an. Die Verantwortung des Rätegedankens in wirtschaftlicher...





